

LTWP-10 10. Gelebte Vielfalt – Gelingende Integration

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 10 Vielfalt, Akzeptanz und Antidiskriminierung – Integration – Religion und Weltanschauung

Text

1 Der größte Reichtum unseres Landes sind die vielen unterschiedlichen Menschen,
2 die bei uns leben. Wir GRÜNE verstehen Vielfalt als Chance: Die Menschen, die zu
3 uns kommen, bringen viele Talente und Kompetenzen mit. Sie sollen dieses
4 Potenzial zum Wohle aller entfalten können – unsere Forschung voranbringen, sich
5 kreativ oder beruflich verwirklichen oder ein Unternehmen gründen.

6 Für uns GRÜNE steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt.
7 Egal, wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen Respekt,
8 Teilhabe und Unterstützung. Von Anfang an sollen alle Menschen bei uns Fuß
9 fassen können und ein sicheres Zuhause finden. Ein friedliches Zusammenleben
10 aller braucht gegenseitige Anerkennung, Gleichberechtigung und
11 Chancengleichheit. Dafür ist die Sprache ein wichtiger Schlüssel. Deshalb haben
12 wir bereits das Sprachkurs-System neu konzipiert und werden es mit einem Zentrum
13 für Sprachmittlung weiter stärken und aufbauen.

14 Aktiv gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit

15 Leider werden auch bei uns immer noch viele Menschen abgewertet und ausgegrenzt.
16 Diskriminierung hat viele Gesichter, darunter Rassismus, Antisemitismus,
17 Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus, aber auch Abwertung aufgrund der
18 sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Auch werden Menschen
19 aufgrund ihres Alters, ihrer Religion, Behinderungen, chronischen Erkrankungen
20 oder sozialem Status abgewertet, ausgegrenzt, benachteiligt oder gedemütigt.

21 Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität und schließt keinen
22 Lebensbereich aus. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden
23 bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu
24 rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere
25 gemeinsame Aufgabe, dieser Bewegung entgegen zu treten und allen Menschen die
26 gleichen Freiheiten, Sicherheiten und Chancen zu garantieren.

27 Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von
28 Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer
29 kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der Strategie Vielfalt
30 der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg
31 gebracht, um systematisch Vielfalt positiv zu gestalten und Diskriminierung zu
32 bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von
33 Familien verdeutlicht werden.

34 Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger*innen
35 ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen
36 merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz
37 ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu
38 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um

39 damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu
40 stärken, brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen
41 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf grüne Initiative hin wurde in der
42 laufenden Wahlperiode ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene
43 Menschenfeindlichkeit entwickelt.

44 Mit uns werden Chancengleichheit und Vielfalt Gesetz

45 Rheinland-Pfalz braucht ein starkes Landesantidiskriminierungsgesetz zum Ausbau
46 dauerhafter Strukturen. Mit einem Landesgesetz für Chancengleichheit und
47 Vielfalt wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung
48 durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von
49 Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken
50 der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder
51 Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen
52 weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine
53 Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen
54 frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das
55 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor
56 Diskriminierung schützt. Die Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir
57 gesetzlich verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und
58 personellen Mitteln ausstatten.

59 Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das
60 Diversity Mainstreaming als Prinzip der Landesverwaltung verankern und Diversity
61 Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe machen. Rheinland-Pfalz als Land
62 der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des
63 staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen
64 und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen
65 Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir
66 weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

67 Integration leben: Zuflucht bieten & Zusammenhalt schaffen

68 Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland. Jede und jeder Vierte in Rheinland-
69 Pfalz hat einen Migrationshintergrund. Wir wollen unsere Gesellschaft
70 interkulturell öffnen mit dem Ziel, allen neu zugewanderten und schon länger
71 hier lebenden Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir stehen für
72 eine offene Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die
73 Zuflucht suchen und unseren Schutz brauchen.

74 Menschen Schutz und Zuflucht bieten

75 Menschen fliehen aus vielen Teilen der Welt zu uns, weil sie sich in ihrer
76 Heimat nicht mehr sicher fühlen. Weil dort Krieg herrscht oder weil sie dort
77 aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung
78 verfolgt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen.

79 Wir GRÜNE möchten auch künftig all den Initiativen, Verbänden, NGOs, Vereinen
80 und Flüchtlingshelfer*innen zur Seite stehen, die sich für eine
81 menschenrechtliche und solidarische Asylpolitik in Rheinland-Pfalz einsetzen.

82 Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm aufsetzen, um mehr schutzbedürftige
83 Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten griechischen
84 Flüchtlingslagern. Das Programm soll sich in erster Linie an besonders

85 verletzte und schutzbedürftige Personen richten. Im Bundesrat werden wir uns
86 dafür einsetzen, die Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu
87 verbessern.

88 Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Deshalb unterstützen wir
89 GRÜNE die Seenotrettungsorganisationen. Das Engagement ehrenamtlicher
90 Retter*innen darf nicht kriminalisiert werden. Die vielen rheinland-pfälzischen
91 Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende (u.a. die
92 Initiative „Sichere Häfen“) aufzunehmen, wollen wir auch künftig unterstützen.
93 Wir begrüßen, dass in Rheinland-Pfalz viele Städte sowie Landkreise und
94 Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als
95 ihnen regulär zugewiesen werden.

96 Eine gute und angemessene Unterbringung und Versorgung der Menschen in den
97 Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes ist für uns GRÜNE ein
98 zentrales Anliegen. Wir verpflichten uns dazu, den guten Standard bei der
99 Unterbringung, Versorgung und Begleitung in der Erstaufnahme von Geflüchteten
100 weiterhin bestmöglich zu gewährleisten. Wir möchten aber noch weitergehen –
101 beispielsweise mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel für die Sozialdienste
102 und mit einer unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung. Für uns ist eine gute
103 psychosoziale Versorgungsstruktur für die oftmals traumatisierten Menschen
104 essenziell, deswegen wollen wir drei zusätzliche psychosoziale Zentren in
105 Rheinland-Pfalz aufbauen. Besonders schutzbedürftige Personen müssen weiterhin
106 im Rahmen der Erstaufnahme gezielt in Obhut genommen werden. Wir wollen an
107 unserem Konzept zum Gewaltschutz und zur Identifikation von besonders
108 schutzbedürftigen Personen in den Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-
109 Pfalz festhalten und es weiter ausbauen. Wir möchten ein systematisches
110 Screening-Verfahren einrichten, mit dem besondere Schutzbedürftigkeit wie
111 Traumatisierungen oder psychische Belastungsstörungen bei ankommenden
112 Geflüchteten schnell und zuverlässig erkannt werden. Für Kinder und Jugendliche
113 im schulpflichtigen Alter in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes muss auch die
114 Schulpflicht gelten. An allen Standorten müssen weiterhin Sprachkurse angeboten
115 werden.

116 Außerdem wollen wir Empfehlungen für Standards für kommunale Unterkünfte
117 erstellen. Die dezentrale Unterbringung vor Ort muss konsequent gefördert
118 werden, auch die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen –
119 besonders bei der Familienzusammenführung. Eine allgemeine Wohnsitzauflage
120 lehnen wir ab.

121 In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung das Asylrecht massiv
122 verschärft, beispielsweise durch die Pflicht, länger in den zentralen
123 Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Auch wurde es leichter, kranke Menschen
124 abzuschieben. Wir GRÜNE nehmen es nicht hin, dass humanitäre Standards immer
125 weiter heruntergefahren werden und kämpfen weiter in Rheinland-Pfalz und
126 bundesweit für eine humane Flüchtlingspolitik. Dafür werden wir weiterhin die
127 Spielräume in der Landespolitik ausschöpfen.

128 Unser Schwerpunkt liegt ganz klar auf freiwilliger Rückkehr. Darüber hinaus gilt
129 für uns der Grundsatz, Abschiebehaft zu vermeiden. Für den Fall der
130 Abschiebehaft wollen wir mit einem eigenen Abschiebehaftvollzugsgesetz Standards
131 für die untergebrachten Menschen definieren.

132 Aus unserer Sicht müssen die Gründe für die Anerkennung Geflüchteter individuell
133 geprüft werden. Deshalb lehnen wir eine weitere Ausweitung des Katalogs so
134 genannter „sicherer Herkunftsstaaten“ ab. Gerade für Minderheiten wie Roma,
135 LSBTTIQ*, aber auch Frauen, Oppositionelle, Journalist*innen oder
136 Menschenrechtsaktivist*innen sind viele Länder oft nicht sicher. Für subsidiär
137 geschützte Geflüchtete darf es keine Antragspflicht für Pässe in der Botschaft
138 des Herkunftslandes geben.

139 Aus humanitären Gründen ist es nicht vertretbar, dass Familien zum Teil über
140 Jahre hinweg voneinander getrennt blieben und nicht zusammenleben durften. Auch
141 für die Integration der Geflüchteten ist es wichtig, den Familiennachzug zu
142 gewährleisten. Dafür wollen wir uns mit einer Bundesratsinitiative einsetzen.

143 Wir GRÜNE wollen ein modernes Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit, dass
144 geduldete, gut integrierte Asylbewerber*innen, die bereits einer Arbeit
145 nachgehen, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten („Spurwechsel“).

146 Integration von Anfang an

147 Die große Integrationsleistung der rheinland-pfälzischen Kommunen sowie ganz
148 besonders das großartige Engagement Tausender hauptamtlicher wie ehrenamtlicher
149 Helfer*innen tragen entscheidend zur Integration der Zugewanderten bei. Diese
150 müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen ein
151 kommunales Entwicklungsprogramm aufsetzen und die Integrationsarbeit der Kreise
152 und Kreisfreien Städte gezielt fördern, damit sie die Integration vor Ort weiter
153 voranbringen. Das Programm Integration fördern soll insbesondere die
154 Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistung bei der Integration
155 stärken, das heißt, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten von der Kita
156 über die Schule bis zum Betrieb und zum Jobcenter ermöglichen. Hierfür wollen
157 wir kommunale Integrationszentren aufbauen.

158 Grüne Integrationspolitik bedeutet eine ganzheitliche Integrationspolitik, in
159 der wir miteinander auf Augenhöhe leben. Für uns ist klar: Für eine gelingende
160 Integration braucht es zusätzlich den Ausbau dauerhafter, staatlicher
161 Strukturen. Mit einem Integrationsgesetz für Rheinland-Pfalz wollen wir ein
162 gemeinsames Verständnis von Integration verbindlich formulieren, die Integration
163 als Querschnittsaufgabe gesetzlich festschreiben und Strukturen schaffen, um
164 Integration in Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Gesundheit, Sport und
165 politischer Partizipation voranzubringen.

166 Rheinland-Pfalz soll zum Vorzeigeland für interkulturelle Öffnung werden. Wir
167 GRÜNE wollen daher die interkulturelle Öffnung ressortübergreifend entwickeln
168 und personell mit den erforderlichen Ressourcen unterlegen.

169 Wir möchten die Ausländerbehörden zu modernen, dienstleistungsorientierten,
170 interkulturell kompetenten Zuwanderungsbehörden weiterentwickeln. Für die
171 Entwicklung einer Willkommenskultur muss es dort eine engere Kooperation mit
172 anderen Ämtern wie Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsagentur und
173 Integrationsbeauftragten geben. Die aufenthaltsrechtliche Bearbeitung soll von
174 anderen Fragestellungen getrennt behandelt werden, um einen fairen Umgang zu
175 sichern.

176 Deutschkenntnisse sind die zentrale Voraussetzung für das Gelingen von
177 Integration. Sie ermöglichen Zugewanderten nicht nur die Teilhabe an allen
178 gesellschaftlichen Lebensbereichen, sondern sie ebnen auch den Weg in den

179 Arbeitsmarkt. Um die landesgeförderten Deutschkurse noch besser aufzustellen,
180 haben wir das Sprachkurs-System neu konzipiert. Sprachkurse werden auch für
181 Menschen gefördert, die keinen Zugang zu bundesfinanzierten
182 Integrationssprachkursen und Berufssprachkursen haben. Außerdem wurde der
183 Kursumfang deutlich erweitert. Dies wollen wir fortführen und uns auf
184 Bundesebene für eine bessere Bezahlung von Sprachlehrkräften einsetzen. Die
185 kursbegleitende Kinderbetreuung muss fortgeführt werden, sowohl bei unseren
186 landesgeförderten Sprachkursen als auch bei den vom Bund geförderten
187 Erstorientierungskursen.

188 Wir wollen ein Zentrum für Sprachmittlung aufbauen, um die bereits bestehenden
189 Dolmetscher- und Sprachmittlerdienste besser zu vernetzen und ein breites und
190 stabiles Netzwerk von Sprachmittler-Angeboten in der Daseinsvorsorge
191 (Gesundheit, psychosoziale Versorgung, Bildung und Erziehung) zu entwickeln.
192 Dieses Zentrum soll eine Kompetenzstelle zur Beratung, Information und
193 Weiterqualifizierung werden und Angebote für Online- und Video-Dolmetschen zur
194 Verfügung stellen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Änderung des
195 Sozialgesetzbuchs stark machen, damit Dolmetschende nicht nur während des
196 Asylverfahrens bezahlt werden.

197 Politische Mitbestimmung

198 Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in
199 unserem Land, unabhängig von ihrer Nationalität, ist eine Grundvoraussetzung für
200 eine funktionierende Demokratie. Menschen, die dauerhaft hier leben, sollten
201 sich an unserer Demokratie beteiligen können. Für uns gehört zu der Frage, wer
202 an unserer Demokratie mitwirkt, dass sich niemand zwischen verschiedenen
203 Staatsangehörigkeiten entscheiden muss. Wir GRÜNE wollen den Zugang zur
204 Staatsbürgerschaft deutlich erleichtern und die Mehrstaatlichkeit bei der
205 Einbürgerung grundsätzlich ermöglichen. Gleichzeitig werben wir dafür, die
206 Möglichkeiten für eine Einbürgerung zu nutzen und wollen die
207 Einbürgerungskampagne der Landesregierung fortführen.

208 Wir wollen, dass kommunale Nicht-EU-Staatsangehörige und für EU-Bürger*innen das
209 Wahlrecht bei Landtagswahlen haben. Die Beiräte für Migration und Integration
210 tragen zum gesellschaftlichen Engagement und zur politischen Teilhabe von
211 Menschen mit Migrationshintergrund bei und gehören damit zu wichtigen
212 Akteur*innen der lokalen Demokratie.

213 Arbeitsmarktintegration

214 Die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung ist
215 neben der Kenntnis der deutschen Sprache der entscheidende Schlüssel für eine
216 nachhaltige Integration in unsere Gesellschaft. Außerdem ist es eine Chance für
217 den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandort – nicht zuletzt vor dem
218 Hintergrund des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels. Bei den 2 Mio.
219 Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil der Migrant*innen in den
220 vergangenen Jahren auf 21 Prozent erhöht.

221 Wir wollen das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Personen ohne
222 Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis das Recht auf Beschulung bis zum 25.
223 Lebensjahr einräumen. Dadurch wollen wir insbesondere auch jungen Erwachsenen
224 mit Zuwanderungsgeschichte Zugänge zu Ausbildung und qualifizierter

225 Beschäftigung eröffnen, wenn sie aufgrund der Situation im Herkunftsland oder
226 bedingt durch die Flucht keinen Schulabschluss erworben haben.

227 Immer mehr neu zugewanderte Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Job. Wir
228 möchten auf den guten Ansätzen für die Integration von Flüchtlingen in den
229 Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz aufbauen. Viele Geflüchtete, die bei uns Schutz
230 und Frieden gesucht haben, möchten gerne hier arbeiten und sich eine neue
231 Existenz aufbauen. Als Land, das auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen
232 ist, müssen wir diese Chance nutzen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt für
233 Geflüchtete verbessern, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Asylverfahren
234 erleichtern.

235 Bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration von Frauen gilt der Leitgedanke
236 der eigenständigen Existenzsicherung. Projekte zur Förderung der
237 Arbeitsmarktintegration und individuellen Begleitung der Frauen mit
238 Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

239 Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen

240 In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und
241 weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist hier der Grundsatz der
242 Gleichbehandlung selbstverständlich.

243 Vor diesem Hintergrund befürworten wir neben dem christlichen und jüdischen
244 Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts mit den
245 richtigen Partnern, um die Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu
246 erreichen. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es zudem
247 gleichwertige Alternativen geben, damit Schüler*innen und Eltern eine Wahl
248 haben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler*innen im
249 gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte
250 lernen und diskutieren können.

251 Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit.
252 Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den Grundsatz
253 der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen.

254 Wir GRÜNE setzen uns ein für eine länderübergreifende Regelung zur finanziellen
255 Entflechtung von Staat und Kirchen. Dementsprechend stehen wir
256 bundeseinheitlichen Initiativen zur Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen
257 offen gegenüber. Die Einspruchsmöglichkeiten der Kirche bei der Verleihung
258 akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen
259 wir abschaffen. Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir aufheben und die
260 Regelungen des Feiertagsgesetzes darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen
261 vor Störungen wie Lärm zu schützen. Das gilt auch für Veranstaltungen an anderen
262 anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter – wie etwa das Gedenken an die
263 Opfer der NS-Verbrechen.

264 Gerade in Rheinland-Pfalz sind Kirchen und ihre Einrichtungen in vielen Regionen
265 und für viele Berufsfelder bedeutende Arbeitgeberinnen. Den Ausschluss von
266 Arbeitnehmer*innen aus diesen Berufsfeldern, weil sie etwa geschieden sind oder
267 einer anderen religiösen oder weltanschaulichen Orientierung angehören, lehnen
268 wir ab. Diese Sonderregelungen führen zu erheblichen Beschränkungen beim Zugang
269 zu Arbeit und Beschäftigung. Daher fordern wir die Änderung des kirchlichen
270 Arbeitsrechts.